

## **Ein Interview mit dem Jugendamtsleiter im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Dietmar Schneider**

**ED: Herr Schneider, werden Sie oft von der Presse zur Arbeit befragt, die hier stattfindet?**

DS: Ein- bis Zweimal im Jahr gibt es das schon. Es gibt anlassbezogene Anfragen und es gibt – so wie jetzt – den Fall, dass die Presse auch mal systematisch recherchiert.

**ED: Wie sieht denn für Sie ein ganz normaler Arbeitstag aus?**

DS: Ich bin jetzt über 25 Jahre Amtsleiter eines Kreisjugendamtes und DEN normalen Arbeitstag gibt es nicht. Es sieht jeder Tag anders aus. Kinder- und Jugendarbeit ist so etwas wie ein Seismograph dessen, was in der Gesellschaft passiert. Die Vielfalt des Spektrums eines Jugendamtes spiegelt sich am Ende auch beim Leiter wieder. Vor dem Hintergrund ist es so, dass man immer an einer Schnittstelle sitzt, dies betrifft die gesetzlichen Entwicklungen der letzten Jahre, also die Kinderschutzgesetze oder Familienverfahrensgesetze. Auf der anderen Seite ist die politische Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaft eine große Aufgabe und natürlich geht es auch immer um die unmittelbar Betroffenen.

**ED: Das verstehe ich. Aber ganz konkret: Wann kommen Sie früh zur Arbeit, wann gehen Sie abends? Was machen Sie vormittags und was machen Sie nachmittags?**

DS: Das muss man sich so vorstellen, dass ein Jugendamtsleiter vormittags die ganz normalen Dinge tut, also zum Beispiel die Maileingänge und auch Beschwerden oder positiven Rückmeldungen auswertet. Einen besonderen Stellenwert nimmt die Zusammenarbeit mit freien Trägern ein. Die Jugendarbeit ist ja geprägt durch eine Vielzahl von freien Trägern, wir haben da im Landkreis in den vergangenen Jahren eine gut strukturierte Zusammenarbeit aufgebaut. Hierzu gehören die Gremien, die Jugendhilfe braucht, um funktionieren zu können.

**ED: Was genau meinen Sie damit?**

DS: Das betrifft zunächst natürlich den Jugendhilfeausschuss mit aktiven Mitgliedern, mit seinem Unterausschuss für die Jugendhilfeplanung, mit Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII. Aber wir haben auch die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrt, wir haben einen gut aufgestellten Jugendring, wir haben sehr viel verbandliche Jugendarbeit. Dabei haben wir uns gedacht, dass moderne Jugendarbeit sozialräumlich und kleinteilig sein soll, aus diesem Grund haben wir unseren ganzen Landkreis aufgeteilt in 10 Planungsregionen und in bestimmte Inhalte, die kreisübergreifend für alle gelten beziehungsweise für alle vorhanden sind. Das hat sich ganz gut bewährt. Dadurch ist es uns gelungen, die sogenannte Versäulung durch das SGB VIII aufzubrechen.

**ED: Wie haben Sie das gemacht?**

DS: Im SGB VIII sind die Leistungstatbestände ganz klar abgegrenzt. Also geht es um die Frage: Worauf habe ich als Bürger einen klagefähigen Leistungsanspruch? Das Problem besteht allerdings darin, dass dies nicht immer dem wirklichen Leben entspricht. Im wirklichen Leben gehen die Tatbestände ineinander über. Deswegen haben wir die sogenannte Entsäulung durchgeführt. In den Planungsregionen findet nun Offene Jugendarbeit statt nach Arbeit nach § 11, und auch verbandliche Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendschutz, Familienförderung, Schulsozialarbeit, Familienzentren – all das haben wir im Prinzip zu fachlichen Kernen zusammengezogen. Das koordinieren wir mit

den Städten und Gemeinden und mit den freien Trägern. Dadurch kommt es zu einer Optimierung, da die Städte und Gemeinden freiwillig ebenfalls verschiedene Dinge für die Jugendarbeit tun. Wenn man beides gut miteinander koordiniert, dann läuft dies nicht nebeneinander her, sondern wird zu Übereinstimmung gebracht.

**ED: Wann haben Sie mit dieser Bündelung begonnen?**

DS: Wir haben damit nach der Landkreisreform begonnen, 2009. Wir fanden damals eine Jugendhilfelandchaft vor, die auf beiden Seiten recht gut aufgestellt war, die aber unterschiedlicher nicht sein konnte. Dabei hatten wir das Glück, dass bei uns nur zwei Landkreise zusammengekommen waren.

Um das konzeptionell zu machen, dazu haben wir uns wissenschaftliche Begleitung gesucht. Allerdings ist diese Herangehensweise in Sachsen gar nicht so unumstritten, denn sie stößt sich teilweise auch mit bestimmten fachlichen Standards des Landesjugendhilfeausschusses. Zum Beispiel machen wir nicht Schulsozialarbeit, sondern wir machen Soziale Arbeit an Bildungseinrichtungen. Bei uns ist der Adressat der einzelne junge Mensch.

**ED: Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit dem örtlichen Jugendhilfeausschuss?**

DS: Öffentlicher Träger der Jugendhilfe ist nicht das Jugendamt, sondern der Landkreis, geleitet vom Landrat, dem Kreistag und dem Beigeordneten. Nach der sächsischen Landkreisordnung ist der Jugendhilfeausschuss ein beschließender Ausschuss des Kreistages, so, wie der Kreisausschuss und der Sozialausschuss auch.

**ED: Der Kreisjugendhilfeausschuss kann auch Gelder verteilen?**

DS: Der kann auch Gelder verteilen. Wobei es mich immer etwas ärgert, wenn der Jugendhilfeausschuss so stark auf das Verteilen des Geldes reduziert wird. Die Funktion dieses Ausschusses ist eine viel wichtigere, die einen viel breiteren Raum einnehmen muss – hier geht es um politische Grundsatzentscheidungen und Herangehensweisen. Sie finden in Deutschland kein Jugendamt, das einem anderem komplett gleicht. Wir haben 400 Landkreise in Deutschland und etwa 600 Jugendämter, davon hat jedes eine andere Struktur. Der Bundesgesetzgeber lässt hier der kommunalen Gebietskörperschaft eine überaus große Gestaltungsmacht. Diese Gestaltungsmacht muss auch aktiv ausgeübt werden und das ist die Aufgabe des Jugendhilfeausschusses.

**ED: Was haben Sie zu diesem neuen Ansatz für Rückmeldungen bekommen?**

DS: Natürlich hat das am Anfang nicht gleich alles so geklappt, wie wir uns das gedacht haben. An verschiedenen Stellen hat es natürlich mächtig geknirscht. Aber das ist ja auch völlig normal, wenn divergierende Interessen von Trägern aufeinander treffen. Beispielsweise habe ich in einer Planungsregion wenigstens vorliegend 3 verschiedene Träger mit eigenen angestellten Fachkräften. Darunter eine Stiftung, die auch mit behinderten jungen Menschen arbeitet, einen selbstverwalteten Träger der Jugendarbeit in der Fläche des ländlichen Raumes, einen Träger, der aus der Jugendkulturarbeit und auch sehr gute räumliche Ressourcen hat und verschiedene andere, die in dieser Region tätig sind. Einige erhalten auch Förderungen aus Bundesprogrammen oder von den Gemeinden. Nun wurden plötzlich nicht mehr alle Träger vom Jugendamt einzeln wie bisher weiter gefördert, sondern es wurden zunächst Bedarfe erhoben. Wir haben also gefragt: Was brauchen wir hier eigentlich? Es ging also nicht nach dem Motto: Das haben wir schon immer so gemacht! Oder: Es muss alles besser werden! Sondern wir haben ganz genau gefragt: Wo sind die jungen Menschen? Wie viele junge Menschen sind es? Was haben diese jungen Menschen

für Bedarfe? Dann haben wir uns gefragt: Wer kann diese Bedarfe erfüllen? Dabei haben wir in der angesprochen Region festgestellt, dass wir mindestens drei Träger benötigen, weil ein Träger allein im konkreten Fall die erforderliche Vielfalt gar nicht leisten kann. Dadurch wird es allerdings notwendig, dass diese drei Träger ihre Problembeschreibung und Leistungsbeschreibung und ihr örtliches Handeln untereinander abstimmen. Das war natürlich am Anfang nicht einfach und hat auch mal zu Streit geführt.

**ED: Wie Sie gesagt haben, war die Etablierung Ihrer Planungsregionen nicht ganz konfliktfrei. Greifen Sie in solch einem Fall auch persönlich ein, oder wie kann ich mir die Aufgabenteilung vorstellen?**

DS: Als Jugendamtsleiter kann ich und will ich natürlich nicht überall persönlich eingreifen. Aber das persönliche Eingreifen bedeutet manchmal einfach, die Akteure an einen Tisch zu holen. Oder es müssen Verfahren erarbeitet werden, mit denen so objektiv wie möglich festgestellt wird, welcher Träger welche Leitung am besten erbringen kann. Dann wird ein Regelwerk aufgestellt, in dem wir die fachlichen Kriterien festlegen, die einzelnen Akteure werden nochmals befragt, ob sie die Kriterien anerkennen.

Dann wird gefragt, wer sich an der Ausschreibung beteiligen möchte. Nach der Ausschreibung können die Träger nun ihre Angebote einreichen. Schließlich wird im Gremium geklärt, wer die Angebote auswertet, also beispielsweise die Stadt oder der Landkreis und Vertreter des Jugendhilfeausschusses. Und in so einem Gremium wird dann mit Hilfe von Punkten festgelegt, wer die beste Ausschreibung gemacht hat. So einfach ist das. An diese Regeln müssen sich alle halten. Es kann nicht sein, dass derjenige den Zuschlag bekommt, der am lautesten in Öffentlichkeit und Politik „trommelt“.

**ED: Sieht so das Jugendamt aus, das Sie sich wünschen?**

Moderne Jugendhilfe und moderne Soziale Arbeit muss aus meiner Sicht dezentral und regional stattfinden. Da haben wir in den nächsten Jahren allerdings noch viel zu tun. Ich denke, grundsätzlich wissen wir, in welche Richtung wir wollen. Aber es ist natürlich auch schwer, alle mitzunehmen. Vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen und steigender Anforderungen muss man trotzdem neue Organisationsmuster durchsetzen. Das muss natürlich zuallererst durch die jeweiligen Köpfe. Ansonsten geht das praktisch nicht.

**ED: Wie arbeiten Sie mit den Mitarbeiter(inne)n, wenn Sie die alle sehen wollen?**

D.S. Das Jugendamt mit seinen 3 Standorten Pirna, Freital und Dippoldiswalde ist digital gut vernetzt. Wenn ich die Mitarbeiter alle sehen wollte, dann mache ich im Kreistagssaal eine Dienstversammlung und sage meine unmaßgebliche Meinung. *(lacht)*

**ED: Und wenn Sie beispielsweise eine neue Struktur etablieren wollen?**

DS: Ich betrachte mich eher als der Erste unter Gleichen. Mir ist es lieber mit fachlichen, gut begründeten Argumenten zu leiten, als mit administrativem Druck. Sicher muss es manchmal auch sein, dass man klare Ansagen macht – vom Begriff des konfrontierenden Klärungsgesprächs halte ich sehr viel. Wenn ich meinem Gegenüber klar sage, was ich von ihm erwarte, kann ich mich dann auch wieder ein Stück zurücknehmen.

**ED: Sind bei Ihnen gute Voraussetzungen für die Arbeit eines Jugendamtes gegeben?**

DS: Also, ich denke, dass wir viele sehr gute Voraussetzungen haben. Und wir machen unsere Jugendarbeit auch nicht ohne Erfolg. Erfolgreiche Voraussetzungen sind zum Beispiel dadurch gegeben, dass die Jugendhilfe sowohl beim Kreistag, als auch beim Landrat ganz

hoch angebunden ist. Es vergeht kein Jahr, in dem der Kreistag nicht ganz wichtige Beschlüsse zur Jugendhilfe fasst. Ebenso vergeht kaum eine größere Dienstversammlung, in der sich der Landrat nicht mit den Angelegenheiten der Jugendhilfe befasst. Wir haben sehr, sehr viel Transparenz hergestellt, einmal im Jahr bringen wir einen Planungsbericht von über 50 Seiten heraus. In dem benennen wir die örtlichen Problemlagen sehr konkret und weisen nach, was sich alles entwickelt hat. Also, wo die Hilfen zu Erziehung liegen oder wo bestimmte regionale Schwerpunkte liegen. Hier können wir auch digital vieles auswerten.

**ED: Wie geht das, können Sie bitte ein Beispiel geben?**

DS: Ich beschreibe das mal ganz konkret an im Hinblick auf Crystal Meth. Wir können in der elektronischen Fallakte sehen, welche HzE mit dem Konsum von Crystal in Verbindung steht. Hieraus können wir beispielsweise auch ableiten, welcher finanzielle Aufwand der kommunalen Gebietskörperschaft durch diese Crystal-Welle entsteht. Durch die Nähe zu Tschechien reden wir hier von dem so genannten „Ameisenhandel“. Das heißt, Freunde bringen für Freunde die Drogen mit. Den großen Dealer mit dem Colt in der Jacke gibt es hier eher nicht.

**ED: Wie hoch ist denn der finanzielle Aufwand, der indirekt für den Landkreis durch Crystal Meth entsteht?**

DS: Für 2015 können wir sagen, dass jede zweite neu eingeleitete erzieherische Hilfe bereits etwas mit Crystal zu tun hat. Für das erste Halbjahr 2014 hatten wir dies genau beziffert, die Leistungskosten beliefen sich auf etwa 2,5 Millionen.

**ED: Nur für den Landkreis?**

DS: Nur für den Landkreis SOE! Jugendhilfe ist eine sehr teure Angelegenheit, weil hier ja interpersonell gearbeitet wird. In der Jugendarbeit sind die fachlichen Anforderungen hoch und Fachpersonal ist teuer. Die Fachkräfte müssen eine Risikoabwägung vornehmen, Entscheidungen werden immer im Vier- oder Sechs-Augen-Prinzip getroffen. Wenn es also um die Frage geht, ob hier eine HZE eingeleitet wird, sitzen 4 bis 5 Fachkräfte zusammen und das ja nicht nur eine halbe Stunde. Und wenn wir dann wissen, dass ein Kollege in der Stunde etwa 40 EUR kostet – dann wissen wir auch, was so eine Entscheidung kostet. Aus diesem Grund steht die Jugendhilfe auch immer so viel im öffentlichen Interesse. Die Kosten der Jugendhilfe gehen ja bundesweit viel stärker nach oben, als die übrigen Kosten der öffentlichen Hand. Dies gilt auch für Sachsen. Und wenn sie in einer Kommune tätig sind, müssen sie immer abwägen: Kann ich hier eine Turnhalle bauen, kann ich eine Straße bauen oder muss ich das Geld in die Jugendhilfe hinein geben? Das ist für jeden Kommunalpolitiker schwierig.

**ED: Sie müssen die Kosten zunächst aufstellen, beim Jugendhilfeausschuss beantragen und der Kreistag muss es schließlich bezahlen. Fühlen Sie sich dabei gut aufgestellt?**

DS: Ich fühle mich da eigentlich jedes Mal sehr schlecht. Eigentlich möchte ich die Jugendhilfe ja gern reduzieren und abschaffen, wo es möglich gemacht werden kann. Ich bin dafür angetreten, dass die Jugendhilfe weniger wird, statt mehr. Aber ich habe im Verlauf der Jahre feststellen müssen, dass die Verwaltung allein an dieser Stelle ein zahnloser Tiger ist und sich die gesellschaftlichen Probleme am Ende in der Jugendhilfe widerspiegeln. Die Jugendhilfe muss dem entgegen wirken. Wenn sie dem nicht entgegenwirkt, bricht das Gemeinwesen auseinander. Die Jugendhilfe kostet den Landkreis SOE aktuell etwa 35 Millionen im Jahr, gemessen an den Ausgaben. Das ist nicht wenig Geld – das ist ein großer

Batzen Kohle. Aber der hat auch einen hervorragenden Gebrauchswert, der noch besser sichtbar gemacht werden sollte.

**ED: Wo geht die Tendenz in den letzten Jahren hin?**

DS: Die Tendenz in den letzten Jahren ist durchweg in den Fallzahlen und Kostenentwicklungen steigend, so wie in ganz Sachsen. Im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge ist es sogar ein kleines bisschen über dem Durchschnitt. Dies liegt daran, dass wir den größten Anteil von Kindern und Jugendlichen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung haben. Wir haben auch steigende Geburtenraten und wir haben in den letzten drei Jahren über 1000 neue KiTa-Plätze schaffen müssen.

**ED: Ich würde gern umschwenken zur Flüchtlingsthematik, die ja im Augenblick viele Menschen bewegt. Sie sind ja mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen konfrontiert, in welchem Sinne bewegt Sie das?**

DS: Der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge liegt ja an der Einflugschneise der A17 und hatte dadurch wesentlich früher als andere sächsische Landkreise mit dieser Problematik zu tun. Wir hatten 2011 vier Fälle, 2012 waren es 12 Fälle, im Jahr 2013 ebenso. 2014 waren es bereits 50 Jugendliche und 2015 waren es 254 Fälle. Das heißt, wir sind in diese Thematik hineingeschlittert – zu einem Zeitpunkt, zu dem es in der Bundesrepublik noch kein Gesetz zur Umverteilung gab. Daher mussten wir hier bis dahin alles allein schultern. Ohne, dass uns irgendjemand bei der Finanzierung, beim Personal oder bei den konkreten Handlungsschritten unterstützte. Das hat natürlich die Jugendhilfe an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit gebracht. Durch die steigenden Fallzahlen in der Jugendhilfe bewegten wir uns ja ohnehin schon an dieser Grenze und nun kam die „umA-Welle“ (unbegleitete minderjährige Asylsuchende, Anm. d. Red.) noch einmal oben drauf. Aber ich glaube, wir haben als Landkreis, als Ganzes, sehr, sehr gut auf diese Sache reagiert.

**ED: Wie wird denn bei Ihnen mit den umA-Fällen umgegangen? Kann man da ein Prozedere beschreiben?**

DS: Grundsätzlich kann ich sagen: Es wird hoch professionell damit umgegangen, absolut humanistisch und völkerrechtskonform. Viele Dinge sind in der Not entstanden und im Lernen am laufenden Fall. Aber ich denke, wir gehen damit gut um.

**ED: Können Sie beispielhaft beschreiben, wie solche Fälle ablaufen?**

DS: Na klar. Sie kriegen da zum Beispiel zu Hause, mitten in der Nacht einen Anruf, in dem ihnen mitgeteilt wird, dass an der A17 ein Bus mit 18 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aufgegriffen wurde. Diese Flüchtlinge müssen nun von der Jugendhilfe untergebracht werden. Dabei haben wir spontan weder die entsprechenden Plätze noch das Personal. Aber trotzdem müssen wir handeln, denn wir sind ja per Gesetz dazu verpflichtet, diese jungen Menschen in Obhut zu nehmen.

**ED: Und das funktioniert dann auch?**

DS: Ja. Und aus diesen leidvollen Einzelfragen heraus haben wir inzwischen ein ganz gutes System entwickelt. Innerhalb meines Allgemeinen Sozialdienstes in Pirna zum Beispiel habe ich ein Fachteam, bestehend aus drei Sozialarbeitern, das sich ausschließlich diesen Fällen annimmt. Dazu gehört ein Koordinator, der mit den Freien Trägern, mit dem Freistaat, aber auch mit dem Bundesamt in Verbindung steht. Außerdem habe ich zwei Amtsvormünder, die die Vormundschaften führen, dafür bin ich auch sehr dankbar. Darüber hinaus habe ich eine

Mitarbeiterin der wirtschaftlichen Jugendhilfe, die die verauslagten Gelder wieder eintreiben soll. Dies ist natürlich im Moment nicht einfach, aber auch hier bin ich zuversichtlich.

**ED: Diese Stellen wurden also neu geschaffen?**

DS: Diese Stellen haben wir nur für die UmA-Bearbeitung geschaffen und die brauchen wir auch. Denn die fachlichen Standards sind – trotz aller Auflassungen – immer noch sehr hoch. Man will in der Bundesrepublik nicht einsehen, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die älter sind als 16 Jahre, einen anderen Bedarf haben, als andere Kinder und Jugendliche. Da wird man im Moment auch nichts bewegen können, also müssen wir die Gesetze erfüllen.

Wir konnten mit der Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrt klären, ob wir das in freier Trägerschaft machen wollen, oder ob es der öffentliche Träger machen soll. Kriegt ihr 100 oder 150 Plätze zustande, wenn wir sie brauchen? Die Antwort war: Ja. Also bedeutete es, der Landkreis hält sich an dieser Stelle heraus und die Freien Träger machen uns dazu Angebote. Natürlich haben wir auch neue Einrichtungen aufmachen müssen oder sind zum Teil noch dabei. Dazu gibt es jede Woche Gespräche. Wir sind da also auf einem guten Weg, obwohl wir gerne auch schon viel weiter wären. In der Praxis scheitern natürlich auch viele Dinge an bürokratischen Hürden und praktischer Details. Die Staatsregierung hat geglaubt, man könne diese Probleme in einem viertel oder halben Jahr lösen, wenn man 60 Millionen auslobt. Trotzdem sehe ich uns übrigens in Sachsen auch insgesamt auf den richtigen Weg.

**ED: Was sind die Probleme in der Praxis? Woran kann es scheitern?**

DS: In erster Linie ist es die völlig fehlende Planungssicherheit, also als der Kabinettsbeschluss der sächsischen Staatsregierung gemacht worden ist, am 15. August 2015, ging man von ca. 1200 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen für ganz Sachsen aus. Damals waren in Deutschland 26.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge erfasst. Als dann das neue Gesetz kam, hatte man im November 2015 zum ersten Mal alle Jugendämter zentral abgefragt. Plötzlich war die Rede von 54.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Am Jahresende waren es 58.000 und inzwischen sind wir bei 68.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

**ED: Eine große Zahl. Und was kommt auf ihren Landkreis zu?**

DS: Es ist so, dass die UmA – vielleicht im Gegensatz zu den Erwachsenen – auf welchem Weg auch immer, weiter ankommen. Das erkennen wir derzeit durch die Umverteilungen, die wir aus Bayern bekommen. Es handelt sich dabei eben nicht um Altfälle aus dem vergangenen Jahr, sondern um junge Menschen die im Februar 2016 erst aufgegriffen wurden. Aus diesem Grund müssen wir davon ausgehen, dass wir in diesem Jahr noch etwa 100 bis 120 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zusätzlich unterbringen müssen.

**ED: Also können Sie die Planungssicherheit gar nicht beeinflussen?**

DS: Richtig. Wenn man Investitionen plant, weil man neue Einrichtungen bauen will, muss man ja auch wirtschaftlich hantieren. Abgesehen davon braucht man Genehmigungsvorlauf und Planungsvorlauf, den man momentan gar nicht hat. Und die Freien Träger kann man durch diese Gegebenheiten auch nicht um ihre Existenz bringen. Aus diesem Grund muss man da schon gut sortieren. Aber wir haben im Jugendhilfeausschuss einen Beschluss gefasst, wie wir die Finanzierung angehen. Und ich glaube, das haben wir gut gemacht. Dieser Meinung sind auch die Kreisräte. Wir haben uns da oft gestritten seit dem Sommer 2015. Aber im November waren wir dann damit klar.

**ED: Wie lösen Sie die konkret die Unterbringung der umA?**

DS: Im Sommer haben viele Leute in Sachsen noch zentrale, große Einrichtungen gefordert. Der Freistaat sollte das machen und es sollte nach Ethnien sortiert werden, und mit Coaching und besonderer Bildung und so weiter versehen werden – inzwischen gilt all das als großer Pfeffer. Jugendhilfe ist nicht nur eine kommunale Aufgabe, Jugendhilfe ist auch eine soziale Aufgabe. Und Sozialisierung geschieht im sozialen Nahraum. Wir machen sehr gute Erfahrungen damit, die Unterbringung altersgemischt, geschlechtergemischt, integrativ, dezentral, kleinteilig und flächenverteilt zu realisieren. Das ist für uns gar nicht so einfach. Es ist nämlich nicht die billigste Variante, aber es ist nachhaltig die beste.

**ED: Wo sind Ihrer Meinung nach die Unterschiede zu anderen Jugendämtern?**

DS: Ich denke, die Unterschiede liegen vor allem in den sozialen Strukturen. Damit meine ich die Frage nach sozialen Brennpunkten und Ballungsräumen. Die spüren wir im Landkreis natürlich auch. Durch diese Planungsregionen können wir ganz genau erkennen, wo sich die Probleme ballen. Weit mehr als die Hälfte aller HzE haben wir in ganz klar zu erkennenden Räumen, zum Beispiel in Heidenau, Pirna und Freital. Und genauso ist das in der Landeshauptstadt Dresden doch auch. Wobei wir uns natürlich mit Dresden nicht vergleichen können.

Es gibt vielleicht ein paar besondere Phänomene, also beispielsweise gibt es in der Erzgebirgslandschaft schon seit vielen Jahren nur sehr geringe HzE-Zahlen. Und in Ostsachsen relativieren sich die Fallzahlen in der Jugendhilfe, weil die Anzahl junger Menschen so drastisch abgenommen hat. Das war vor Jahren schon anders. Da ist unser Landkreis schon ziemlich gut aufgestellt, weil es bei uns auch Geburtenzuwachs und Zuzug von Familien gibt. Aber dieser Zuwachs befindet sich eben auch im Speckgürtel der Landeshauptstadt und nicht in der Erzgebirgsregion Dippoldiswalde oder am Rande der sächsischen Schweiz.

**ED: Welche Wünsche haben Sie für die Zukunft?**

DS: Ich wünsche mir, dass es so bleibt, dass trotz der hohen Aufwendungen, die die Jugendhilfe erfordert, die Wertschätzung und die Mitgestaltung bei uns im Landkreis in der Jugendhilfelandtschaft so einen hohen Stellenwert behält. Und ich wünsche mir, dass wir die Zuwanderung auch als Chance begreifen, uns weiterzuentwickeln, auch wenn wir im Moment viele Fragen nicht beantworten können. Dies umfasst auch die geistige Konfrontation, also die Auseinandersetzung mit bestimmten Leuten, mit denen man sich sonst nicht auseinandersetzen würde.

**Vielen Dank für das Gespräch.**